

Gemeinde Büchen

Beschlussvorlage

Bearbeiter/in:

Michael Kraus

Beratungsreihenfolge:

Gremium

Bau-, Wege- und Umweltausschuss

Datum

23.10.2013

Beratung:

Standortoptimierung der Deutschen Telekom AG bezüglich Öffentlicher Telekommunikation (Fernsprechhäuschen) am Bürgerhaus

Die Gemeinde Büchen wurde von der Deutschen Telekom AG angeschrieben, dass sie aus betriebswirtschaftlichen Gründen das öffentliche Telefon incl.

Telefonhäuschen am Bürgerhaus zurückbauen möchte. Ein weiterer Grund ist der zunehmende Vandalismus an dieser Einrichtung.

Die Bundesvereinigung der kommunalen Spitzenverbände weist daraufhin, dass die Deutsche Telekom AG zur Grundversorgung mit öffentlichen Münz- und Kartentelefonen verpflichtet ist. Durch geänderte Kommunikationsgewohnheiten ist das betriebswirtschaftliche Betreiben der öffentlichen Fernsprecher an vielen Standorten nicht mehr möglich. Angesichts der Entwicklung des Kommunikationsmarktes, insbesondere im Bereich des Mobilfunks, ist mit einer Fortsetzung dieses Trends zu rechnen.

Gemäß einer Übereinkunft mit der Bundesnetzagentur und der Bundesvereinigung der kommunalen Spitzenverbände ist es der Deutschen Telekom AG deshalb gestattet, Städte und Gemeinden auf deren Gebiet extrem unwirtschaftliche öffentliche Fernsprecher mit einem Umsatzsatz von weniger als 50 € gelegen sind, um ihre Zustimmung zum Abbau derselben zu bitten.

Trotz mangelnder Wirtschaftlichkeit kann ein öffentlicher Fernsprecher zur notwendigen Grundversorgung gehören. Soll der Standort erhalten bleiben, wird empfohlen, die Zustimmung zu verweigern.

Die Abwägung sollte sorgfältig getroffen werden, da die Deutsche Telekom AG im Falle eines Irrtums über die Entbehrlichkeit des Standortes grundsätzlich nicht zum Wiederaufbau verpflichtet ist.

Sofern die Zustimmung zum Abbau eines unwirtschaftlichen öffentlichen Fernsprechstandorts verweigert wird, ist die Deutsche Telekom AG berechtigt, den vorhandenen Fernsprecher durch ein kostengünstiger zu unterhaltendes Basistelefon zu ersetzen (ohne Telefonhäuschen).

Beschlussempfehlung:

Der Bau-, Wege- und Umweltausschuss beschließt dem Abbau der öffentlichen Fernsprecheinrichtung durch die Deutsche Telekom AG nicht zuzustimmen. Es muss mindestens ein Basistelefon für die Grundversorgung bereitgestellt werden. Die Gemeindeverwaltung Büchen wird beauftragt sich entsprechend mit der Deutschen Telekom AG in Verbindung zu setzen.